

→JA

zur Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen»



BASTIEN GIROD
Nationalrat ZH

**«Statt mehr Zweitwohnungen
braucht es nachhaltige
Tourismuskonzepte.»**

Die Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» fordert, dass der Anteil von Zweitwohnungen an allen Wohneinheiten und an der Wohnfläche auf 20 Prozent beschränkt wird. Dies befürworte ich, denn der unbegrenzte Bau von Zweitwohnungen treibt die Boden- und Wohnungspreise in die Höhe. Die ansässige Bevölkerung wird verdrängt, die Probleme des Pendelverkehrs verschärft.

**«Die Initiative zur Begrenzung
von Zweitwohnungen leistet einen
wichtigen Beitrag zum Umwelt- und
Landschaftsschutz.»**

Die Zersiedelung der Landschaft schreitet ungebrochen fort. Besonders hoch ist der Verbrauch an Siedlungsfläche in den Berggebieten – unter anderem wegen des hohen Anteils an Zweitwohnungen.



ADÈLE THORENS
Nationalrätin VD

Ausserhalb der Hochsaison stehen viele Zweitwohnungen leer. Trotzdem muss die öffentliche Hand teure Infrastruktur für die Hochsaison bereit stellen. In der Nebensaison kämpft das lokale Gewerbe jedoch ums Überleben.



ROBERT CRAMER
Ständerat GE

→NEIN

zur «Bauspar-Initiative»

**«Durch die Initiative öffnet sich
die Schere zwischen Arm und
Reich weiter.»**

LOUIS SCHELBERT
Nationalrat LU



Die Bauspar-Initiative will den Wohnungs- oder Hauskauf fördern, indem die Ersparnisse von den Steuern abgezogen werden können. Die Steuerausfälle müssen aber nicht nur jene berappen, die sich das Bausparen leisten können, sondern alle Steuerzahlenden.



**«Mit der Initiative wird vor allem
flächenintensives Wohneigentum
gefördert.»**

REGULA RYTZ
Nationalrätin BE

Besser wäre es, den gemeinnützigen sozialen und ökologischen Wohnungsbau und das genossenschaftliche Wohnen gezielt zu unterstützen.

**«Die Bauspar-Initiative
ist sozial ungerecht.»**

LUC RECORDON
Ständerat VD



Mit der Initiative werden vor allem jene begünstigt, die sich das Bauen bereits jetzt leisten können. Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen ist es nicht möglich, die vorgesehenen Beträge monatlich zu sparen.

Bitte Zutreffendes ankreuzen

→Ich möchte mehr über
die Grünen erfahren.

→Ich interessiere mich für
eine Mitgliedschaft bei den
Grünen.

Bitte senden Sie mir Ihre Unterlagen.

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Ort/Kanton

E-Mail

Besuchen Sie unsere Webseite www.gruene.ch

Grüne Partei der Schweiz
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

→JA

zu «6 Wochen Ferien für alle»



ALINE TREDE
Vize-Präsidentin Grüne Schweiz

Mehr Lebensqualität und mehr Zeit für die Nächsten – darauf haben alle Anspruch! Die Initiative «6 Wochen Ferien für alle» verbessert die Balance zwischen Arbeitszeit und Erholung. Ein wahrer Fortschritt!



UELI LEUENBERGER
Präsident Grüne Schweiz

Mit mehr Ferien können wir Stress und Krankheiten vorbeugen. Dies ist nicht nur menschlich sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich rentabel. Dank der geringeren Arbeitsbelastung und einer besseren Erholung können die rasant ansteigenden Gesundheitskosten gesenkt werden.



FRANCINE JOHN-CALAME
Nationalrätin NE

Mit 6 Wochen Ferien wird die Qualität und Quantität der in der Schweiz geleisteten Arbeit anerkannt. Die Arbeitnehmenden werden so auch am Gewinn beteiligt - nicht nur die Manager und die Verwaltungsräte. Die Übergangsbestimmungen ermöglichen es den Unternehmen, die zusätzlichen Ferien schrittweise einzuführen.

www.gruene.ch

Am 11. März 2012

NEIN zum Referendum gegen die Regulierung des Buchespreises

Die Regulierung der Buchpreise ist notwendig, um die Schweizer Verlage und Buchhandlungen zu erhalten. Damit wird auch die heutige Vielfalt und Qualität der Bücher auf dem Schweizer Buchmarkt geschützt. Die Leserschaft profitiert von stabilen Preisen. Die Preisunterschiede im Vergleich zu den Nachbarländern, welche die Buchpreise ebenfalls reguliert haben, werden kleiner. Darum unterstützen die Grünen die Vorlage zur Buchpreisregulierung und lehnen das von bürgerlichen Parteien lancierte Referendum ab.

JA zum Gegenentwurf zur Initiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»

Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» will das Glücks- und Geldspiel und die daraus resultierenden Einnahmen umfassend regeln. Die Einnahmen werden weiterhin in die AHV sowie in die Förderung von Kultur und Sport fließen.

→NEIN

zur «Bauspar-Initiative»

→JA

zur Volksinitiative
«Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen»

→JA

zu «6 Wochen Ferien für alle»



JA zur Volksinitiative

« Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen! »

Eidgenössische
Abstimmungen
vom 11. März 2012

